

Bericht

des Ausschusses für Wirtschaft, Innovation und Medien

über die Drucksache

**21/13089: Hamburg im nachhaltigen Tourismus voranbringen
(Antrag GRÜNE, SPD)**

Vorsitz: **David Erkalp**

Schriftführung: **Dr. Joachim Seeler**

I. Vorbemerkung

Die Drucksache war dem Ausschuss für Wirtschaft, Innovation und Medien am 30. Mai 2018 auf Antrag der CDU-Fraktion durch Beschluss der Bürgerschaft nachträglich überwiesen worden. Dieser befasste sich in seiner Sitzung am 26. Juni 2018 abschließend mit der Drucksache.

II. Beratungsinhalt

Die Senatsvertreterinnen und -vertreter erklärten, der Senat wolle den Tourismus nachhaltig organisieren, weil er nicht mehr daran glaube, dass Hamburg auf Dauer mit kurzfristigen, einfachen Tourismusangeboten überzeugen könne. Wenn die Stadt sich im internationalen Wettbewerb von anderen Städten unterscheiden wolle, sei die Nachhaltigkeit eines von mehreren Qualitätsmerkmalen, mit denen das Ziel erreicht werden könne. Auch andere Städte legten auf dieses Merkmal Wert. Für einige Städte sei dies nicht notwendig, weil sie schon einen großen Namen hätten, was für Hamburg nicht gelte.

Die Senatsvertreterinnen und -vertreter führten aus, der Begriff der Nachhaltigkeit habe drei Dimensionen, nämlich die ökologische, die ökonomische sowie die soziale. Zur ökonomischen Dimension sagten sie, der Tourismus kämpfe bundesweit noch immer um Anerkennung. In diesem Zusammenhang werde die Frage, inwieweit der Tourismus Impulse für die Stadtentwicklung setzen könne, ein Thema sein. Die soziale Dimension gewinne zunehmend an Bedeutung. In diesem Zusammenhang seien die Themen Akzeptanz und das Verhältnis der Einwohnerzahl zur Zahl der Gäste zu nennen. Wichtig sei es, den Aspekt der Qualität des Tourismus in den Vordergrund zu rücken. Der Themenbereich werde in der Nachhaltigkeitskonzeption der Hamburg Tourismus GmbH (HHT) behandelt. HHT wolle einerseits das Thema der Nachhaltigkeit organisieren, indem sie Plattformen und Vernetzung für alle touristischen Leistungsträger biete. Andererseits wolle sie das Thema der Qualifizierung voranbringen. Hier gehe es unter anderem um die Frage, wie das Erlebnis vor Ort persönlicher und individueller gestaltet werden könne. Damit gehe die Kommunikation der Nachhaltigkeit einher. Außerdem müsse die Nachhaltigkeit gesichert werden.

Die Senatsvertreterinnen und -vertreter nannten als Beispiel für einen Bereich des Tourismus, der sich mit dem Thema der Nachhaltigkeit nicht befasst habe, die Kreuzfahrtbranche. Ihr Wachstum habe angehalten, bis die Frage aufgekommen sei, welche

Treibstoffe auf den Schiffen verwendet werde. Ab diesem Zeitpunkt sei der Branche klar geworden, dass das Thema der Nachhaltigkeit der entscheidende Qualitätsunterschied sei. Die Reedereien hätten sich des Themas sehr schnell angenommen und versucht, ihren Gästen ein Angebot zu machen, das den Aspekt der Nachhaltigkeit unterstreiche.

Die CDU-Abgeordneten fragten, welche konkreten Maßnahmen tourismusrelevante Unternehmen zur Steigerung der Nachhaltigkeit ergreifen können sollten. Sie wollten wissen, ob Schätzungen vorlägen zu der Frage, welche Kosten der Stadt durch die Entwicklung einer solchen Strategie entstehen könnten. Zudem fragten sie, auf welche Weise sichergestellt werde, dass höhere Kosten, die auf die Unternehmen durch die Umsetzung der Maßnahmen zukämen, nicht auf die Preise umgelegt würden.

Die Senatsvertreterinnen und -vertreter betonten, das Konzept müsse „sich rechnen“. Im Wesentlichen gehe es um eine ökonomische Zielrichtung, die der Senat damit verbinde. Hamburg befinde sich in einer Konkurrenzsituation mit anderen Tourismuszielen. Die Senatsvertreterinnen und -vertreter vertraten die Auffassung, dass nachhaltiger Tourismus ein Qualitätsmerkmal sein werde, das nunmehr entwickelt werden solle. Über die Entwicklung der einzelnen im Petitum aufgeführten Maßnahmen solle im 1. Quartal 2019 berichtet werden. Wenn es gelinge, Hamburg als Tourismusstandort mit diesem Prädikat zu verbinden, werde sich dies in den Zahlen und der Qualität widerspiegeln.

Die Senatsvertreterinnen und -vertreter wiesen auf die Inhalte der Nachhaltigkeitskonzeption hin. Danach sei für die Teilnehmenden von Städtereisen die Nachhaltigkeit nur einer von mehreren Aspekten. Das Paket müsse stimmig sein. Bisher sei der Markt kaum bereit, für Angebote im Nachhaltigkeitsbereich einen höheren Preis zu zahlen. In Hamburg gebe es Anbieter, die das Thema in den Vordergrund stellten. Die Aufgabe der HHT als Netzwerkpartner werde es sein, die touristischen Leistungsträger zu sensibilisieren, zu schulen und sie gegebenenfalls bei der Zertifizierung zu unterstützen. Für die Veränderung der Strategie und die damit verbundenen Aufgaben sei bei der HHT die Unit „Destination Management“ gegründet worden. Dafür seien Mittel aus der Kultur- und Tourismustaxe in Höhe von 690.000 Euro bewilligt worden. Die Unit werde sich unter anderem zusammen mit dem Hamburg Hotel- und Gaststättenverband mit Schulungen zum Umgang mit Menschen mit Handicap im Hotelbereich befassen. Dies gehöre zum Thema der sozialen Nachhaltigkeit. Die Senatsvertreterinnen und -vertreter gingen auf die Frage ein, ob auf die Anbieter höhere Kosten zukämen und sagten, höhere Kosten entstünden grundsätzlich dort, wo die Qualität erhöht werde. In den Schulungen könnten jedoch auch Potenziale zur Senkung der Kosten aufgezeigt werden.

Die CDU-Abgeordneten baten die Senatsvertreterinnen und -vertreter um Erläuterungen zu Punkt 3. des Petiums, dem zufolge Unternehmen, deren Hotelplanungen hohe Nachhaltigkeitsstandards vorwiesen, bei der Vergabe städtischer Fläche vorrangig berücksichtigt werden sollten.

Die Senatsvertreterinnen und -vertreter legten dar, die Anzahl der Hotels, die auf städtischen Flächen neu gebaut würden, sei gering. Für Ausschreibungen solle ein Bonus-System eingeführt werden. Keineswegs werde es für Hotelneubauten günstigere Preise geben. Die Unternehmen, die sich des Themas annähmen, wollten in dem Bereich der Nachhaltigkeit eine eigene Marke kreieren. Dieses Ziel solle mit der Strategie unterstützt werden. Als Beispiel nannten die Senatsvertreterinnen und -vertreter das JUFA Hotel Hamburg HafenCity. Es habe die Nachhaltigkeit in seinem Konzept verankert, indem es in besonderem Maße auf Kinder und Familien abziele. Zudem berücksichtige es die soziale Dimension der Nachhaltigkeit, indem es auch den in der Nachbarschaft lebenden Menschen Angebote mache. Ebenso werde das Hotel PIERDREI den Menschen aus seiner Umgebung Dienstleistungen anbieten.

Der Abgeordnete der Fraktion DIE LINKE äußerte, ihn überzeugten der Antrag und die Ausführungen der Senatsvertreterinnen und -vertreter nicht. Auch wenn der Antrag den Zielen der Sustainable Development Goals der Vereinten Nationen grundsätzlich folge, sei nicht erkennbar, dass sich wirklich etwas in diese Richtung bewege. Dies sei auch angesichts vier selbst definierter Ziele, die nicht ohne Weiteres den Sustainable Development Goals der Vereinten Nationen zuzuordnen seien, nicht zu erwarten. Der

Abgeordnete der Fraktion DIE LINKE erklärte, der Antrag richte sich nur an diejenigen, die am Thema interessiert seien. Er vermisse Maßnahmen, mit denen diejenigen angesprochen würden, die sich bisher nicht am Thema der Nachhaltigkeit interessiert gezeigt hätten. Der Abgeordnete der Fraktion DIE LINKE sprach in diesem Zusammenhang von „Zwangsbeglückung“. Er bat, diesbezügliche Möglichkeiten aufzuzeigen.

Der Abgeordnete der Fraktion DIE LINKE stellte fest, über die Entzerrung der Events werde seit Jahren gesprochen. Er wies auf die Flächendatenbank hin. Bisher habe er nicht den Eindruck, dass es zu einer Entzerrung gekommen sei. Der Abgeordnete der Fraktion DIE LINKE bat, die bisherigen Bestrebungen zu erläutern. Den Ausführungen sei zu entnehmen, dass weiterhin das Ziel bestehe, die Zahl der Gäste in Hamburg zu steigern. Der Abgeordnete der Fraktion DIE LINKE fragte, welche weitere Entwicklung angestrebt werde und was aus den Erfahrungen von Amsterdam und Barcelona gelernt worden sei. Er sprach das Angebot von „Mein Hamburg“ bei Facebook an, das kaum Bezüge zur Nachhaltigkeit erkennen lasse. Er habe nicht den Eindruck, dass das Thema bisher in der Praxis eine zentrale Rolle in Hamburg spiele. Die Widersprüche wüchsen.

Die Senatsvertreterinnen und -vertreter wiesen darauf hin, dass die Bürgerschaft am 16. Mai 2018 das Ersuchen aus der Drs. 21/13089 an den Senat gerichtet habe. Der Senat werde, dem Ersuchen entsprechend, über die Fortschritte im 1. Quartal 2019 berichten. Eine „Zwangsbeglückung“ sei nicht vorgesehen. Über die Eventdichte sei in verschiedenen Gremien ausführlich diskutiert worden. So habe sich insbesondere die Bezirksversammlung Hamburg-Mitte intensiv damit befasst. Der Leiter des Bezirksamts Hamburg-Mitte ersuche die Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation regelmäßig, an diesem Thema zu arbeiten. Alle Bezirke seien aufgefordert, attraktive Orte für Events im ganzen Stadtgebiet anzubieten. Auch an der Entzerrung der Termine werde gearbeitet. Jedoch seien bestimmte Orte und Termine stark nachgefragt. Die Senatsvertreterinnen und -vertreter sagten, es sei keine Höchstzahl an Touristinnen und Touristen in Hamburg festgelegt worden. Dies sei auch nicht beabsichtigt. Die durch den Abgeordneten der Fraktion DIE LINKE angesprochene Entwicklung in anderen Städten werde die Behörde insbesondere im Zusammenhang mit der Orientierung auf die Nachhaltigkeit in der Konzeption für Hamburg ständig im Blick haben. Die Informationen zum Thema Tourismus könnten unter „hamburg-tourismus.de“ abgerufen werden. Das Angebot von „Mein Hamburg“ bei Facebook sei nicht durch die Freie und Hansestadt Hamburg zu verantworten.

Die Abgeordneten der GRÜNEN erklärten, zu Beginn des Zeitraums zur Umsetzung des beschlossenen Ersuchens könne nicht davon ausgegangen werden, dass viele Ergebnisse vorlägen. Vielmehr beginne jetzt der Arbeitsprozess. Eine „Zwangsbeglückung“ solle nicht erfolgen. Das Angebot solle so ausgeweitet werden, dass es möglich sei, einen nachhaltigeren Tourismus in Hamburg zu haben. Dies sei wichtig, weil mehr Qualität ein wichtiges Merkmal für die zukünftigen touristischen Strategien sei. Die Situation, in der sich einige europäische Städte befänden, müsse vermieden werden. Im Sinne der „Balancing tourism“-Strategie der HHT sei eine örtliche Entzerrung der Touristenströme anzustreben. Im Hinblick auf die Akzeptanz bei den Bürgerinnen und Bürgern der Stadt müsse im Rahmen der Entwicklung und Fortschreibung verschiedener Ideen zu vernünftigen Ansätzen gekommen werden.

Die Abgeordneten der GRÜNEN meinten, es sei wichtig zu begreifen, dass die Frage der Nachhaltigkeit verschiedene Dimensionen umfasse. Neben der ökologischen gehe es um die soziale und die ökonomische Dimension. Sie verwiesen auf die Ausführungen der Senatsvertreterinnen und -vertreter. Die Abgeordneten der GRÜNEN gingen auf Punkt 3. des Petitums ein und betonten die Bedeutung der genannten Zertifizierungssysteme. Darüber hinaus forderten sie zu überlegen, welche Entwicklung im Hinblick auf die Events angestrebt werden solle. Die Events mit verbindlichen Richtlinien zum Umwelt- und Ressourcenschutz auszustatten, könne zu einer Entspannung in deren Umfeld beitragen. Im Fall des Alstervergnügens habe zur Entspannung beigetragen, dass es nicht weitergeführt werde, weil es qualitativ nicht mehr in die Zeit gepasst habe. Ob und in welcher Weise es erneut stattfinden solle, sei zu diskutieren. Wichtig sei es, langfristig und konsensual zu Lösungen zu kommen.

Die SPD-Abgeordneten betonten, der Tourismus sei für Hamburg extrem wichtig. Er bringe viel Geld in die Stadt und zahlreiche Menschen lebten von ihm. Es sei falsch, im Hinblick auf die Besucherzahl über Obergrenzen zu sprechen. Bürgerschaft und Senat hätten aber durchaus eine Verantwortung gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern hinsichtlich der Frage, welcher Tourismus gewünscht sei. Es sei richtig, von der reinen Betrachtung der Übernachtungszahlen wegzugehen und sich der Diskussion über die Qualität zuzuwenden. Es sei die Frage zu stellen, welche Möglichkeiten der Steuerung und Controllings die Stadt habe. Von großer Bedeutung sei die Akzeptanz in der Bevölkerung. Hier gehe es vorrangig um Events, nicht aber um den Tourismus allgemein. Im vergangenen Jahr sei die Besucherzahl um etwa 3 Prozent angestiegen. Dies entspreche 400 bis 500 Gästen, die pro Tag zusätzlich in der Stadt seien. Sie stellten keine ernste Mehrbelastung dar. Selbstverständlich gebe es Elemente des Tourismus, die nicht nur positive Auswirkungen hätten, und auch einzelne Gäste, deren Benehmen als störend empfunden werde. Hier müsse mit einzelnen Maßnahmen angesetzt werden. Auch dies gehöre zur Nachhaltigkeit. Die SPD-Abgeordneten sagten, die wichtigsten Punkte seien im Antrag zusammengefasst worden. Sie sähen dem Bericht des Senats mit Interesse entgegen.

Die CDU-Abgeordneten fragten, inwieweit HHT durch digitale Innovationen vorangebracht werden könne, insbesondere im Kontext internationaler Kampagnen. Sie erkundigten sich, ob die dafür zur Verfügung stehenden Budgets ausreichten.

Die Senatsvertreterinnen und -vertreter antworteten, zunächst würden die Konzepte von HHT betrachtet. Anschließend werde geprüft, ob die im Einzelplan 7 zur Verfügung stehenden Mittel auskömmlich seien. HHT habe sich in den vergangenen Monaten bemüht, das Thema der digitalen Innovationen in den Vordergrund zu stellen. Beispielsweise sei HHT im Rahmen der Kampagne zur Stadtküste die erste Stadtmarketingorganisation gewesen, die einen hochwertigen 360-Grad-Film zur Verfügung gestellt habe. Die vielfache Nutzung der App der HHT zeige, wie stark die Technik zur Inspiration beitrage. HHT nutze Filme auch auf Messen. Vor kurzem habe HHT in Kooperation mit Google ein Schulungsprogramm aufgesetzt, mit dem touristischen Leistungsträgern das Thema der Digitalisierung näher gebracht werden solle. Das Programm befasse sich mit dem Online-Marketing einschließlich des Einsatzes neuer Technologien, die Nutzung des Wissens über die Gäste der Stadt sowie die Notwendigkeit der Veränderung digitaler Prozesse in den Unternehmen. Für die Reiseindustrie sehe HHT die Möglichkeit, durch den Einsatz digitaler Technik Potenziale zu erschließen. Die Senatsvertreterinnen und -vertreter hielten die Kampagne zur Eröffnung der Elbphilharmonie für einen wichtigen Aspekt im Hinblick auf die Akzeptanz des Hauses. Die Drohnenflüge und VR-Installationen hätten die Lust geweckt, die Elbphilharmonie zu besuchen. Die Senatsvertreterinnen und -vertreter berichteten über den wirkungsvollen Einsatz von VR-Technik bei Veranstaltungen in dem Haus.

Der Abgeordnete der Fraktion DIE LINKE wies darauf hin, dass „Mein Hamburg“ bei Facebook die URL www.hamburg-tourismus.de habe. Somit scheine es eine ursächliche Verbindung zu geben. Es begreife den Antrag der Fraktionen von GRÜNEN und SPD als unterstützende Maßnahme für bereits begonnene Veränderungsprozesse. Der Senat habe sich im Jahr 2017 zu den Sustainable Development Goals der Vereinten Nationen bekannt und erklärt, dass dies eine Querschnittsaufgabe für die gesamte Verwaltung Hamburgs sei. Darum sei der Abgeordnete der Fraktion DIE LINKE davon ausgegangen, dass auf der Grundlage des Antrags im Bereich des Tourismus schnelle Erfolge vorgewiesen werden könnten. Dies sei allerdings nicht der Fall.

Auf die Aussage der SPD-Abgeordneten eingehend, der zufolge der Tourismus für Hamburg sehr wichtig sei, sagte der Abgeordnete der Fraktion DIE LINKE, der Tourismus sei wichtig für die Stadt, jedoch sei er ein Saisongeschäft und von vielen externen Faktoren abhängig. Insofern halte er den Tourismus im ökonomischen Sinne für weniger nachhaltig als andere Wirtschaftszweige.

Der Abgeordnete der Fraktion DIE LINKE vertrat die Auffassung, dass die Stadtplanung der Bereich sei, in dem Tourismus stattfindet, weil der Tourismus die Stadt und die Planung verändere. Er fragte, was im Bereich der Stadtplanung getan werde und ob es eine Bauleitplanung geben werde, die die Anzahl der Betten quartiersweise festlege. In den letzten Jahren habe Hamburg sich verstärkt auf Hotels gehobener

Preisklasse konzentriert. Der Abgeordnete der Fraktion DIE LINKE fragte, wie dies zu der im Antrag dargestellten Idee nachhaltiger Pauschalangebote passe und ob sich die Zusammensetzung der Gäste, um die geworben werde, ändern werde.

Der Abgeordnete der Fraktion DIE LINKE bezog sich auf die in Punkt 4. des Petitions geforderte Entwicklung quartiersbezogener Konzepte und sprach die Aktivitäten zur Erstellung eines entsprechenden Konzepts für Bergedorf an. Die Finanzierung sei nicht mehr sichergestellt gewesen. Der Abgeordnete der Fraktion DIE LINKE fragte, ob das Projekt fortgeführt werde und die Finanzierung sichergestellt sei.

Die Senatsvertreterinnen und -vertreter gingen auf die Frage nach den Aktivitäten im Bereich der Stadtplanung ein. Im Rahmen der vorbereitenden Bauleitplanung werde kein Standort für Hotels ausgewiesen. Dies sei auch nicht beabsichtigt. Bei der verbindlichen Bauleitplanung, die die Bezirke überwiegend durchführten, werde es im Einzelfall um den Standort von Hotels gehen. Die Bezirksämter und Bezirksversammlungen entschieden auf der Grundlage ihrer Kenntnisse der Quartiere klug und vernünftig. Die Senatsvertreterinnen und -vertreter hätten den Antrag nicht dahin gehend verstanden, dass die Anzahl der Betten quartiersweise festgelegt werden solle.

Protokollerklärung der der Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation

Hier: Wie wird das Thema Tourismusförderung im Bezirk Bergedorf personell wahrgenommen?

Im Kern werden die Aufgaben zum Tourismus von der Wirtschaftsförderung wahrgenommen. Diese Funktion wurde 2018 neu besetzt. Ziel ist es, diese zusätzliche Kapazität ausschließlich für das Tourismusmanagement einzusetzen. Darüber hinausgehende Anteile sind derzeit nicht zu spezifizieren. Insgesamt ist von bis zu durchschnittlich 0,25 Vollzeitäquivalenten auszugehen.

Die SPD-Abgeordneten wiesen darauf hin, dass sich Projektentwickler zunehmend ihre Immobilien zertifizieren ließen, unabhängig davon, ob es sich um Büros, Hotels oder Einkaufszentren handle. Es sollte den Abgeordneten der Fraktion DIE LINKE freuen, dass es in Bezug auf das Material, die Energieeffizienz oder die Arbeitsbedingungen nachhaltigere Gebäude in Hamburg gebe. Dies habe nichts mit der Begrenzung der Anzahl an Hotelbetten zu tun. Vielmehr werde darauf geachtet, wie nachhaltig die Bauten seien, die in Hamburg errichtet würden, und welchen Einfluss die Stadt darauf nehmen könne. Dies geschehe auch in anderen Bereichen.

Die SPD-Abgeordneten kritisierten die Aussage des Abgeordneten der Fraktion DIE LINKE, die Arbeitsplätze im Tourismus seien nicht nachhaltig, sondern ein Saisongeschäft. Sie betonten, es gebe kaum eine Branche in Hamburg, die nachhaltigere Arbeitsplätze biete als der Tourismus. Touristische Strukturen und Einrichtungen blieben für lange Zeit in der Stadt. In dieser Branche erhielten viele Menschen mit ungünstigen Einstellungs Voraussetzungen eine Chance auf einen Arbeitsplatz.

Der Abgeordnete der Fraktion DIE LINKE bat darum, seine Aussagen nicht falsch zu interpretieren.

Die SPD-Abgeordneten wiesen auf den Hotelbedarfsplan hin. Hamburg habe Lücken in den Bereichen Fünf-Sterne-Hotels und Kongress. Fünf-Sterne-Hotels seien besonders beschäftigungsintensiv. Sie beschäftigten eine Person pro Zimmer. Hier würden viele hochwertige Arbeitsplätze geschaffen. Tatsächlich habe Hamburg einen hohen Bestand an veralteten Hotels. Etwa die Hälfte der Hotels habe weniger als 40 Zimmer. Üblicherweise sei eine solche Größenordnung nicht wirtschaftlich. Diese kleinen Hotels würden vielfach ersetzt. Wo Hotels gebaut würden, entscheide nicht allein die Politik. Große Unternehmen seien Betreiber von Hotels. Sie trügen das wirtschaftliche Risiko. Zum Teil würden Pachtverträge über 25 Jahre geschlossen. Die Unternehmen prüften den jeweiligen Standort vor Vertragsabschluss genau. Hamburg könne stolz darauf sein, dass aktuell viele Hotels eröffnet würden.

Der Abgeordnete der Fraktion DIE LINKE stellte klar, seine Frage habe dem Verhältnis der Orientierung auf die Premiumhotels zu dem im Antrag erwähnten nachhaltigen Pauschalismus gegolten. Er interessierte sich dafür, ob es Änderungen in der Orientierung gebe. Der Hotelbedarfsplan sei ihm durchaus bekannt. Er betrachte den Ersatz veralteter Hotel nicht als problematisch. Der Abgeordnete der Fraktion DIE

LINKE betonte, es sei Aufgabe der Politik, sich mit der Frage auseinanderzusetzen, wo und wie Tourismus in Hamburg aussehen solle. Der Tourismus solle nicht in Gesellschaften verlagert werden, die nur noch durch den Ausschuss Öffentliche Unternehmen zu kontrollieren seien.

III. Ausschussempfehlung

Der Ausschuss für Wirtschaft, Innovation und Medien empfiehlt der Bürgerschaft, von der Drs. 21/13089 und seinen Beratungen Kenntnis zu nehmen.

Dr. Joachim Seeler, Berichterstattung